

Wo setzt Hessen in der Bildung den Rotstift an?

Besonders hart treffen die Kürzungen Kinder mit Flucht- und Migrationserfahrung, sagt Laurenz Spies

Interview: Gitta Düperthal

Die CDU/SPD-Landesregierung will im hessischen Bildungshaushalt für das Schuljahr 2026/27 mehr als 70 Millionen Euro einsparen. Was ist geplant?

300 Lehrerstellen sollen wegfallen, die über den Sozialindex an Schulen mit besonderen Herausforderungen vergeben werden: dort, wo Schülerinnen und Schüler dringend zusätzliche Unterstützung benötigen, etwa an sozialen Brennpunkten. Wird dort nicht besonders gefördert, könnte neue soziale Ungleichheit daraus resultieren. Das Streichen von 89 Stellen für Binnendifferenzierung an Integrierten Gesamtschulen ist ebenso ein gravierendes Problem: Dort, wo Kinder und Jugendliche auf Haupt-, Realschul- und Gymnasialniveau gemeinsam lernen, ist das Ziel, soziale Benachteiligung und Ungerechtigkeit ein Stück weit aufzuheben. Genau da wird gespart, wo das Geld am meisten gebraucht wird.

Wie wirkt sich der Unterrichtsausfall auf die Bildungsqualität aus?

Gerade in unteren Klassen fällt oft Unterricht aus. Zwar betreuen Vertretungskräfte Schülerinnen und Schüler mitunter, Lernstoff wird aber nicht vermittelt. Bildungslücken entstehen. Laut IQB-Bildungstrend 2024, des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen, erfüllen bundesweit nur etwa 34 Prozent der Schülerinnen und Schüler den Mindeststandard für den Mittleren Schulabschluss in Mathematik und Naturwissenschaften. Besonders ausgeprägte Bildungsschwäche herrscht in Hessen. Als Reaktion darauf erfolgen weitere Kürzungen!

Was bedeutet das für Schülerinnen und Schüler aus Elternhäusern in prekären Lebensverhältnissen?

Sie trifft es hart, genau wie Kinder mit Flucht- und Migrationserfahrung, die es sowieso schwer haben. Deshalb macht der Stadtelternbeirat Offenbach derzeit Druck mit einer Petition, die schon mehr als 31.000 Unterschriften hat. Dort sollen laut lokalen Presseberichten 46 Stellen wegfallen.

Zur Begründung des Protestes heißt es darin: Die Wirtschaft brauche gutausgebildeten Nachwuchs, die Ausbildungsbetriebe klagten seit Jahren über die schlechte Qualität von Bewerbungen. Warum nimmt man dort die Perspektive der Unternehmen ein?

Aus unserer Sicht ist Bildung als Grundlage zur gesellschaftlichen Teilhabe notwendig: Wir mussten aber feststellen, dass regierende Politikerinnen und Politiker daran weniger interessiert sind. Hellhörig wird man dort erst, wenn es um die Wirtschaft geht. So war es auch beim Thema Coronapandemie und Gesundheit. Sagen wir, Schülerinnen und Schüler fühlen sich unwohl, wird das so hingenommen. Heißt es aber, sie könnten weniger Leistung erbringen, den Einstieg ins Berufsleben nicht schaffen, wird es ernst genommen.

Hessens Kultusminister Armin Schwarz, CDU, und die Landesregierung müssen geplante Kürzungen zur Bildung zurücknehmen, fordern Sie. Warum sollten die das tun?

Wer zukunftsfähige Unternehmen will, muss in die Bildung investieren. Deutschland prosperiert aufgrund gutausgebildeter Arbeitskräfte. Wir als Landeschüler*innenvertretung warnen vor den langfristigen Folgen der Einsparungen. Je nachdem, wie die Landesregierung auf unsere Forderungen reagiert, behalten wir uns auch vor, mit Schulstreiks zu reagieren.

Könnte sich durch die Kommunalwahlen in Hessen am Sonntag etwas ändern?

Zwar nicht unmittelbar, aber ein solcher von der CDU geplanter Kahlschlag in der Bildung könnte schon Einfluss auf den Wahlausgang haben. Erinnern wir uns an Baden-Württemberg: Als es um den Bau von »Stuttgart 21« ging, wurde die CDU bei Wahlen dort abgestraft. Ähnliches könnte in Hessen passieren.

Sie sprechen von insgesamt »steigenden Anforderungen an das Bildungssystem« - was ist damit gemeint?

Schulen haben den Auftrag, soziale Bildung zu vermitteln und die Meinungsbildung angesichts zunehmenden Rechtsdrucks zu stärken, damit sich solche Propaganda nicht durchsetzen kann. Auch darf die Schere zwischen Arm und Reich nicht weiter auseinander getrieben werden: Unabhängig von den Bedingungen des Elternhauses und dessen Bildungsstandard muss Schule dafür sorgen, dass Schülerinnen und Schüler im Leben bestehen können.

Laurenz Spies ist Landesschulsprecher in Hessen

<https://www.jungewelt.de/artikel/519138.kuerzungen-bei-bildung-in-hessen-wo-setzt-hessen-in-der-bildung-den-rotstift-an.html>